

Koalitionsvertrag

Hochschüler_innenschaft

Universität Innsbruck

Exekutivperiode 01.07.2023 – 30.06.2025

Zwischen den wahlwerbenden Gruppen

Grüne & Alternative Student_innen (GRAS)

und

Verband Sozialistischer Student_innen (VSStÖ)

und

Kommunistischer Student_innenverband – Linke Liste (KSV-LiLi)

1. Bildungspolitik	4
2. Nachhaltigkeit	6
2.1 Klimaneutrale Uni bis 2030	6
2.2 Klimaschutz und Lehre	6
2.3 Nachhaltige Mobilität	7
2.4 Sozialverträgliche Nachhaltigkeit	7
3. Antidiskriminierung	9
3.1 Feminismus	9
3.2 Barrierefreie Uni	10
3.3 Intersektionalität	10
3.4 Queer	11
3.5 Antirassismus	11
4. Soziales	12
4.1 Mental Health	12
4.2 Digitalisierung	13
4.3 Leistbares Wohnen	13
4.4 Flexibles Studium	14
5. Studistadt Innsbruck	16
5.1 Vertretung nach außen	16
5.2 Kultur	16
5.3 Freizeit	17

Präambel

Zukunftsgerichtete und krisensichere Hochschulen.

Wir studieren in einer Ausnahmesituation. Unsere Generation kennt nichts als Krisen. Schon die Corona-Krise hat uns Studierende mental und finanziell hart getroffen. Viele von uns haben ihre Jobs und damit ihre Lebensgrundlage verloren und die psychische Belastung steigt. Darauf folgt nahtlos die Teuerungskrise. Sie schürft die Gräben, die die Pandemie hinterlassen hat, ungebremst tiefer. Das Wohnen, das Studieren und das Leben wird für Studierende unleistbar. Überschattet wird das alles von der Klimakrise, die Zukunftsängste und soziale Ungleichheiten verschärft, Existenzen bedroht und schon jetzt für viele deutlich spürbar ist. Auch die Hochschulen selbst befinden sich in einer Krise. Unsere Hochschulen werden kaputtgespart, worunter zuallererst die Studierenden und Angestellten leiden. Die Politik hat es dabei nicht geschafft, ein Auffangnetz für Studierende zu errichten. Sie schaut dabei zu, wie unser Leben unleistbar, unsere Zukunft unbewohnbar wird und lässt uns im Regen stehen. Damit muss Schluss sein. Als ÖH Uni Innsbruck verstehen wir uns darum als Sprachrohr für all jene, die keine Lobby hinter sich haben. Wir stellen uns kompromisslos auf die Seite der Studierenden und kämpfen für ein Bildungssystem, das jeder Krise standhalten kann. Für eine Hochschule, an der Chancengerechtigkeit für alle, demokratische Strukturen und emanzipatorische Bildung an erster Stelle stehen.

Kompromisslose und politische Studierendenvertretung.

Ein gerechtes Studium und schönes Leben für alle können wir uns nur selbst erkämpfen. Immer wieder aufs Neue wird uns vor Augen gehalten, dass die Interessen von uns Studierenden und allen, die keine Lobby haben, unter den Tisch fallen oder in einer Schublade verschwinden. Der Kapitalismus antwortet auf die Krisen unserer Zeit mit immer autoritäreren Maßnahmen und gleichzeitig erleben wir einen reaktionären Backlash und einen zunehmenden Rechtsruck. Deswegen braucht es uns als ÖH als konsequentes, politisches Sprachrohr für alle Studierenden gegenüber der Politik und ihren Entscheidungsträger_innen. Wir wissen um das gesellschaftliche Potential der ÖH und nehmen uns der Verantwortung an, diesem Potential auch gerecht zu werden. Das bedeutet auch, die umfassenden gesellschaftlichen Hürden und Ungerechtigkeiten, mit denen Studierende täglich konfrontiert sind, zu bekämpfen. Egal, ob diese Hürden in der Hochschule oder andernorts hochgezogen werden: Es ist unsere Aufgabe, sie abzubauen. Deswegen ist Studierendenpolitik auch Allgemeinpolitik. Wir bekennen uns klar zum allgemeinpolitischen Mandat in unserer Arbeit für die ÖH Uni Innsbruck und fördern gleichzeitig alle fortschrittlichen Initiativen zur gesellschaftlichen Transformation. Wir sind eine starke und laute ÖH, die sich stets an ihren Grundwerten Antidiskriminierung, Antisexismus, Antirassismus, Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, Antifaschismus und Antikapitalismus orientiert.

1. Bildungspolitik

Die ÖH Uni Innsbruck setzt sich für einen freien und offenen Hochschulzugang ein. Das Studium darf keine auf Verwertung ausgerichtete Berufsausbildung sein, sondern muss die Befähigung und Anregung zur kritischen Reflexion sowie zur aktiven Mitgestaltung gesellschaftlicher Prozesse miteinschließen. Die ÖH Uni Innsbruck versteht Bildung als Hebel gesellschaftspolitischer Veränderung; Bildung darf nicht weiter dazu dienen, gesellschaftliche Strukturen aufrechtzuerhalten und weiter zu verfestigen. Im Zuge der Neoliberalisierung und der Bolognareform in der Lehre und Forschung wird die kapitalistische Verwertung unserer Bildung noch schneller vorangetrieben und dadurch Studienwechsel erschwert, Mindeststudienleistungen werden erhöht und der Hochschulzugang erschwert. Doch das ist grundfalsch: Wir studieren nicht, um in ewiger Konkurrenz und unter hohem Leistungsdruck möglichst schnell einen Abschluss zu holen, um für den Kapitalismus so lange es geht verwertbar zu sein - wir wollen freie und kritische Bildung für alle.

Noch immer entscheidet die soziale Herkunft eines Menschen darüber, ob jemand es überhaupt auf eine Hochschule schafft und mit wie viel Anstrengung ein Studium dann verbunden ist. Kinder aus Akademiker_innenhaushalten haben hier Vorteile gegenüber Kindern aus Arbeiter_innenhaushalten. Die öffentliche Ausfinanzierung der Universitäten ist Aufgabe des Staates. Die Drittmittelfinanzierung bringt Bildungsinstitutionen in eine Abhängigkeit von Unternehmen und anderen Marktakteur_innen. Die Koalitionsfraktionen bekennen sich zum uneingeschränkten Recht auf Bildung – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Klasse, religiöser Zugehörigkeit und/oder Behinderung.

Maßnahmen:

- Es werden wöchentliche bzw. monatliche Sprechstunden für Studierende im Rahmen der Referate angeboten.
- Im Rahmen eines Rechts auf Bildung für alle setzt sich die ÖH Uni Innsbruck ein für die Abschaffung jeglicher Aufnahmehürden an der Universität, um eine Zugänglichkeit für alle zu ermöglichen. Wir sind gegen jegliche Aufnahmeprüfungen, gegen sogenannte STEOPS und gegen jede Form von Ausschlussverfahren.
- Die ÖH Uni Innsbruck will aktiv die Förderung von studentischer Selbstorganisation ermöglichen. Dies soll auch selbstorganisierte Lehrveranstaltungen in einem universitären Kontext beinhalten, für welche wir die Vergabe von ECTS fordern, um zum Beispiel Lesekreise und andere Formen der selbstorganisierten Bildung zu fördern.

- Die ÖH Uni Innsbruck verlangt die Bereitstellung von kostenlosen Lehr- und Prüfungsmaterialien für alle Studierenden, um faire und gleichberechtigte Bildung zu ermöglichen und finanziell benachteiligte Studierende konkret zu entlasten.
- Die ÖH Uni Innsbruck setzt sich gegen jede Form von Leistungsvereinbarung ein. Wir sehen diese als die institutionalisierte kapitalistische Verwertung der Lehre und Forschung und streben nach einer Gesellschaft, in der selbstbestimmte Bildung und freie Forschung möglich ist.
- Die ÖH Uni Innsbruck fordert eine Reduzierung der Anwesenheitspflicht (v. a. für Lehramt-Studierende) an der Uni Innsbruck.
- Die ÖH Uni Innsbruck setzt sich für die Umsetzung eines Teilzeitstudiums an der Uni Innsbruck ein.
- Die ÖH Uni Innsbruck setzt sich für die allgemeine Abschaffung von Voraussetzungsketten an der Uni Innsbruck ein.
- Die ÖH Uni Innsbruck fordert die Abschaffung der Studiengebühren an der Uni Innsbruck.
- Die ÖH Uni Innsbruck tauscht sich mit den Studienvertretungen (StVen) bezüglich einer Einführungswoche für Studierende aus.
- Die ÖH Uni Innsbruck strebt eine bessere Vernetzung mit den Studienvertretungen (StVen) an.
- Die ÖH Uni Innsbruck betreibt antifaschistische Arbeit an der Universität Innsbruck.
- Unbezahlte Praktika sind Realität für viele Studierende. Die ÖH Uni Innsbruck steht hier ganz klar auf der Seite von Studierenden und setzt sich für bezahlte Praktika ein.
- Die ÖH Uni Innsbruck erkennt, dass die Vereinbarkeit von Arbeit und Studium sehr schwierig sein kann und setzt sich aktiv für eine Verbesserung ein (z. B. durch hybride Lehre, weniger Anwesenheitspflicht).
- Die ÖH Uni Innsbruck setzt sich für mehr ECTS-Gerechtigkeit in den einzelnen Studiengängen ein.
- Die ÖH Uni Innsbruck arbeitet mit Gewerkschaften und der AK zusammen.

2. Nachhaltigkeit

Die ÖH Uni Innsbruck vertritt eine ökosoziale Politik. In unserem Fokus steht dabei nicht die individuelle Lebensweise von Studierenden und arbeitenden Menschen, sondern die Kritik an unserem derzeitigen Wirtschaftssystem, das auf endloses Wachstum ausgelegt ist: der Kapitalismus. Auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen kann grenzenloses Wachstum nicht nachhaltig und daher nicht sozial verträglich sein. Langfristig brauchen wir als Gesellschaft eine demokratische, nachhaltige und auf die sozialen Bedürfnisse der Menschen ausgerichtete Art zu wirtschaften – eine fundamentale Abkehr vom Kapitalismus hin zu einer Gesellschaft, in der das Gemeinwohl vor Profiten steht. Wir verstehen uns als Vertretung von Studierenden gegenüber der Politik. Gleichzeitig sind wir aber auch eine Vertretung von zukünftigen Generationen und müssen daher immer und überall auf eine zukunftsorientierte Politik hinwirken, die im Sinne eines lebenswerten Planeten für nachfolgende Generationen handelt. Kurz- und mittelfristig wollen wir innerhalb des Wirkungsbereichs der ÖH Uni Innsbruck aber auch Maßnahmen setzen, die sofort zu einer nachhaltigeren und sozialeren Universität Innsbruck beitragen. Nachhaltigkeit ist für uns ein fester Bestandteil der ÖH-Arbeit und muss zwingend immer auch mit sozialen Aspekten verknüpft werden.

2.1 Klimaneutrale Uni bis 2030

- Wir setzen uns klar für eine klimaneutrale Universität bis 2030 ein.
- Grüner Treffpunkt statt Betonwüste: Die Uni-Begrünung ist ein längst überfälliges Anliegen, dem wir uns widmen wollen. Begrünte Plätze durch Bäume, Wiesen und kleine Gärten, wie auch Fassadenbegrünung schaffen nicht nur eine angenehme Atmosphäre, sondern nehmen dem Platz einiges an Hitze. So entstehen ansprechende Versammlungsorte für Studierende, geeignet für den Austausch und die Entspannung.

2.2 Klimaschutz und Lehre

- Klimaschutz und die Ursachen wie auch Folgen der Klimakrise müssen in den Curricula verankert werden. Die Universität Innsbruck sollte einen Fokus auf das Klimabewusstsein setzen, um ihrer Verantwortung und Vorbildfunktion nachzukommen.
- Wir fordern: Klimaschädlichkeit raus aus den Hochschulen. Die Forschung sollte sich an den SDGs (Sustainable Development Goals) orientieren und einen bewussten, nachhaltigen Fokus haben.

2.3 Nachhaltige Mobilität

- Nachhaltige Mobilität muss immer auch sozialverträglich gedacht werden. Aktuell gibt es für Studierende bereits eine Reihe an Rabatten/Vergünstigungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs. Viele wissen aber nicht, dass Studierende bis 1996 Öffis komplett gratis nutzen konnten. Daran müssen wir uns orientieren, um eine nachhaltige Transformation unserer Gesellschaft zu erreichen. Deshalb muss es unser Ziel sein, in einem ersten Schritt das Klimaticket Österreich für 174,70 € (1 Monat Familienbeihilfe) erhältlich zu machen und Altersgrenzen aufzuheben. Langfristig setzen wir uns, im Rahmen unserer Möglichkeiten als ÖH Uni Innsbruck, für kostenfreie Öffis für alle ein.
- Gleichzeitig wollen wir auch kurzfristig Maßnahmen setzen, um günstige und nachhaltige Mobilität für Studierende zu ermöglichen. Daher wollen wir gemeinsam mit den IVB ein Konzept erarbeiten, um Stadträder für Studierende unbegrenzt und kostenfrei zur Verfügung zu stellen und das Angebot auszubauen. Außerdem wollen wir uns dafür einsetzen, mehr leistbare Möglichkeiten für Leih-Lastenräder in Innsbruck zu etablieren. Für Studierende, die mit dem eigenen Rad zur Uni kommen, wollen wir einen Ausbau der (überdachten) Fahrradständer an der Uni und der Fahrradwege in Innsbruck erreichen sowie in Kooperation mit dem Green Office der Universität Innsbruck regelmäßige Fahrradwerkstätten organisieren. Letztlich muss Innsbruck als Studistadt auch für Studierende aus dem Umland Innsbruck gut erreichbar sein. Deshalb wollen wir mit dem Land Tirol, der Stadt Innsbruck und den Verkehrsbetrieben die Möglichkeit zu einem Ausbau der Nightliner/nächtlichen Zugverbindungen ausloten.

2.4 Sozialverträgliche Nachhaltigkeit

- Leistbare und nachhaltige Mensa
Die ÖH Uni Innsbruck setzt sich das Ziel, für alle Studierenden eine erschwingliche und nachhaltige Mensa zu erkämpfen. Die aktuellen Preise für ein Mittagessen in den Innsbrucker Mensen sind für einen großen Teil der Studierenden nicht erschwinglich, wobei hier auch nicht durch einen Mensenrabatt von einem Euro Abhilfe geschaffen werden kann. Wir fordern die Überführung der Mensa von privater in öffentliche Hand, um eine Preisdeckelung und ein nachhaltiges, veganes Angebot zu ermöglichen.
- Austausch mit studentischen Initiativen, die sich dem Thema der Nachhaltigkeit und Klimakrise widmen.
Als ÖH Uni Innsbruck setzen wir uns für eine ökologisch-nachhaltige Politik ein

und fördern aktiv die Zusammenarbeit und Vernetzung mit gesellschaftlichen Initiativen und Akteur_innen, die sich für klimapolitische Ziele engagieren.

3. Antidiskriminierung

Diskriminierung ist für viele Menschen in unserer Gesellschaft Alltag. Auch an der Universität ist das nicht anders. Studierenden aus marginalisierten Gruppen werden in ihrem Studienalltag immer wieder Steine in den Weg gelegt, und sie erfahren die verschiedensten Arten von Diskriminierung. Durch den globalen Rechtsruck ist es aber alles andere als eine Selbstverständlichkeit, dass Antidiskriminierung gelebt wird. Deshalb setzen wir uns für eine Uni ein, deren Gebäude und Räume für alle zugänglich sind und in der sich niemand unwohl oder unsicher fühlen muss. Wir sind uns der Vormachtstellung der Universität im gesellschaftlichen Diskurs und der Chance zur Hegemoniebildung bewusst. Gegen Diskriminierung an Universitäten zu kämpfen, verfolgt nicht nur deswegen das Ziel der Ermöglichung der Teilnahme, sondern auch die grundlegende Transformation der Gesellschaft, die nur mit Mitsprache und Mitarbeit von ausgebeuteten und unterdrückten Menschen funktioniert.

Als Koalition stehen wir für mehr Sensibilisierung bezüglich Diskriminierung, mehr Solidarität mit Betroffenen und ein aktives Beteiligen an der Schaffung einer inklusiveren, besser zugänglicheren und diskriminierungsfreien Universität!

3.1 Feminismus

Nach wie vor leben wir in einer patriarchal geprägten Gesellschaft, in der bestimmte Gruppen wie FLINTA*-Personen (Frauen, Lesben, Inter, Nichtbinäre, Trans und Agender Personen) benachteiligt werden. Darum stehen wir ganz klar für eine feministische Hochschule, die sich dem Kampf gegen Diskriminierung und Ausbeutung bewusst stellt. Dabei sollen verschiedenste Maßnahmen ergriffen werden:

- Wir wollen ein Awarenesskonzept bei ÖH-Veranstaltungen umsetzen.
- Außerdem sollen gratis Menstruationsartikel an allen Uni-Standorten zur Verfügung stehen.
- Wir setzen uns auch für mehr Sichtbarkeit von Anlaufstellen (z.B. AKG = Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen, Referate) ein.
- Die Zusammenarbeit mit dem AKG soll verbessert werden. Betroffene sollen mehr Möglichkeiten bekommen, sich anonym beim AKG zu melden. Eine solche Meldestelle muss deutlich prominenter beworben werden.
- Notwendig ist es auch, dass Menstruation als Grund für Fehlen bei LVs akzeptiert wird und dass ein Menstruationsurlaub möglich sein muss.

3.2 Barrierefreie Uni

Die Universität sollte den Anspruch haben, dass allen ein Studium möglich ist. Besonders für Studierende mit Beeinträchtigungen bzw. Behinderungen gibt es derzeit noch zu viele Hürden zur Teilhabe. Wir setzen daher einen Fokus auf dieses Thema und wollen folgende Dinge umsetzen:

- Wir setzen uns für mehr Unterstützung für Studierende mit Kindern ein.
- Wir fordern außerdem, dass alle Standorte und Lehrveranstaltungen barrierefrei sind.
- Wir engagieren uns für eine Stärkung des Referats für Studierende mit Beeinträchtigungen. Zusätzlich sollte die Behindertenbeauftragte der Universität Innsbruck mehr beworben werden.

3.3 Intersektionalität

Gesellschaftliche Probleme machen nicht vor der Hochschule Halt. Auch an der Universität sehen sich Studierende mit Diskriminierung unterschiedlichster Art konfrontiert. Dabei sollte die Universität ein Ort sein, an dem sich alle sicher und wohl fühlen und der für alle zugänglich ist. Es sollte kein Ort der Ausgrenzung sein, weshalb wir stetig daran arbeiten müssen, ein inklusiveres Umfeld zu schaffen. Als ÖH Uni Innsbruck sind wir uns dessen bewusst, dass auch mehrere Diskriminierungsformen gleichzeitig auftreten und einander beeinflussen können. Wir verfolgen deshalb einen intersektionalen Zugang, der diese Überschneidungen und Wechselwirkungen berücksichtigt. Als ÖH Uni Innsbruck positionieren wir uns klar gegen Diskriminierung und wollen mit den folgenden Punkten ein wichtiges Zeichen setzen.

- Anbieten von Antidiskriminierungs- und Sensibilisierungsschulungen für Lehrpersonal und Studierende, damit einer möglichen Diskriminierung durch das Lehrpersonal oder Studierende vorgebeugt bzw. darauf reagiert werden kann.
- Antidiskriminierung in Curricula, damit sich alle Studierenden während ihres Studiums auch aktiv mit Antidiskriminierung beschäftigen können und wir alle gemeinsam zu einer inklusiveren Universität beitragen können.
- Stärkung des Referats für Frauen, Gleichbehandlung und Queer.
- Vernetzen mit anderen Organisationen und Gruppen, die Arbeit zum Thema Antidiskriminierung machen.
- Beibehalten des Ausschusses für Feminismus und Queer, da dort wichtige fraktionsübergreifende Arbeit zum Thema Antidiskriminierung passiert.

3.4 Queer

Queere Personen müssen überall, auch an der Uni Innsbruck, vor homo- und transfeindlicher Gewalt geschützt werden. Wir wollen der global zunehmenden Gewalt entgegenwirken. Noch immer gibt es an der Uni eine Menge Hürden, die queeren Studierenden ihren Studienalltag erschweren. Es braucht mehr Solidarität mit queeren Studierenden! Es müssen alle angstfrei studieren können! Diskriminierung darf in unserer Gesellschaft und an unseren Hochschulen keinen Platz haben!

- In jedem Gebäude soll im Erdgeschoss mindestens eine genderneutrale Toilette eingerichtet werden.
- Die Universität Innsbruck soll allen Studierenden die Möglichkeit geben, selbstständig ihren Namen und ihre Pronomen angeben zu können.
- Wir unterstützen queere Studierende dabei, sich regelmäßig an der Universität Innsbruck austauschen und organisieren zu können.

3.5 Antirassismus

Die ÖH Uni Innsbruck erkennt die koloniale Vergangenheit der Institution Universität im europäischen Raum an. Universitäten sind Teil der Gesellschaft und spiegeln daher deren Unterdrückungsmechanismen wider. Für uns heißt Antirassismus Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit und das Entwerfen von Gegenstrategien zu institutionellem Rassismus. Unter Berufung auf das allgemeinpolitische Mandat wollen wir grundlegende Veränderungen der bestehenden rassistischen und ausgrenzenden Strukturen in Universität und Gesellschaft herbeiführen. Gegen neue und alte Formen des Rassismus, die Errichtung einer Festung Europas, kulturellrelativistische Argumente und völkisches Denken, bestehen wir auf die Gleichheit aller Menschen sowie darauf, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Wir stellen uns entschieden gegen jegliche Formen von Antisemitismus, Antiziganismus und antimuslimischen Rassismus.

- Wir fordern die Abschaffung jeglicher Zugangsbeschränkungen. Als ersten Schritt (um rassistischen Ausschlussmechanismen entgegenzuwirken) fordern wir die Gleichbehandlung von Studienbewerber_innen, egal in welchem Land diese ihren Schulabschluss gemacht haben.
- Wir unterstützen von Rassismus betroffene Studierende dabei, sich regelmäßig an der Universität Innsbruck austauschen und organisieren zu können.

4. Soziales

Wir leben noch immer in einem System, in dem Bildung vererbt wird. Ob jemand studieren kann oder nicht, hängt von der Bildung und dem Geldbörserl der Eltern ab. Viele Studierende spüren die Belastung, die ein Leben im Spätkapitalismus mit sich bringt. Direkte Folgen davon liegen bereits bei den schaffenden Umständen, wie schlechten Arbeitsbedingungen, neoliberalen Leistungsdruck oder den durch die Klassengesellschaft hervorgebrachten Ungleichheiten. Gerade in Zeiten von Inflations-, Energie- und Klimakrise zeigt sich wieder, wie wichtig soziale Absicherung ist. Mieten und Lebensmittel werden unleistbar. Zwei Drittel aller Studierenden haben mit ihrer psychischen Gesundheit zu kämpfen. Das Studium ist gerade für arbeitende Student_innen aufgrund der Inflexibilität eine große Herausforderung. Dabei muss Studieren mit der Arbeit vereinbar sein. Außerdem werden durch Zugangsbeschränkungen Studierenden von Anfang an Steine in den Weg gelegt. Wir sehen als Ursache dieser Probleme ganz klar den Kapitalismus. Das Ziel der Überwindung der Klassengesellschaft darf dabei nicht aus den Augen verloren werden. Denn Studieren darf kein Privileg sein. Deshalb setzen wir erste Schritte, um soziale Gerechtigkeit an der Hochschule zu schaffen.

4.1 Mental Health

Die WHO schließt das psychische Wohlergehen in die Gesundheitsdefinition ein. Dennoch wird das Thema immer noch stark in unserer Gesellschaft tabuisiert. Unter dem stetig wachsenden Leistungsdruck leiden insbesondere Studierende. Wir als ÖH Uni Innsbruck sehen das Problem und wollen aktiv dagegen vorgehen, indem wir die mentale Gesundheit in den Mittelpunkt stellen.

- Wir machen uns für die Ausweitung des bisherigen psychosozialen Beratungsangebots stark. Ein langfristiges Ziel ist es, kostenlose Psychotherapieplätze für Studierende zu schaffen.
- Um dem Thema mehr Aufmerksamkeit zu geben, werden Veranstaltungen zum Thema der psychischen Gesundheit durchgeführt. Durch die Enttabuisierung der Thematik soll es Studierenden zukünftig möglich sein, offen über psychische Probleme zu reden und Hilfsangebote wahrzunehmen.
- Nicht allen ist es möglich, ihrem Studium ohne Unterbrechungen nachzugehen. Dabei können sich die Gründe stark voneinander unterscheiden. Hier braucht es konkret eine Erweiterung der Beurlaubungsgründe und die Möglichkeit, diese Beurlaubung über mehrere Semester hinweg andauern zu lassen.

4.2 Digitalisierung

Wir befinden uns im Zeitalter der Digitalisierung. Die Universität Innsbruck hat diesbezüglich noch viel aufzuholen, um ein modernes und digitales Studium zu ermöglichen.

- Der Ausbau der hybriden Lehre wird anvisiert.
- Es braucht den Ausbau von Lernplätzen und die Ausstattung dieser mit ausreichend Steckdosen. Weiters wird die Überarbeitung des Reservierungssystems der Bibliotheksplätze angestrebt.
- Wir wollen uns der Verbesserung und Erweiterung der Uni-App widmen.

4.3 Leistbares Wohnen

Innsbruck zählt zu den teuersten Wohnregionen Österreichs. Aufgrund der anhaltenden Teuerung und der Energiekrise sind die Mieten und Betriebskosten bereits in absurde Höhen gestiegen. Gleichzeitig wird es für Studierende immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Leerstand und die Privatisierung von öffentlichem Wohnraum treiben die Preise auf einem wettbewerbsorientierten Wohnungsmarkt seit Jahren in die Höhe. Sogar die Mietzinsbeihilfe, die eigentlich einkommensschwachen Haushalten helfen sollte, benachteiligt gezielt Studierende. Willkürlich festgelegte Mindestvoraussetzungen wie eine durchgehende Hauptwohnsitzforderung von mehreren Jahren lassen eine große Gruppe von Studierenden täglich leer ausgehen. Selbst Studierendenheime, die einst als günstige Alternative zu WG-Zimmern galten, sind von diesen aktuellen Entwicklungen betroffen. Dennoch haben die verantwortlichen Personen bisher nichts unternommen. Als ÖH Uni Innsbruck nutzen wir unser allgemeinpolitisches Mandat und setzen uns daher langfristig bei allen Verantwortlichen dafür ein, gemeinsam folgende Punkte umzusetzen:

- Mietpreisdeckel
- Keine Privatisierung städtischer Wohnungen
- Effektive Abgaben auf leerstehenden Wohnraum
- Mietzinsbeihilfe ab dem ersten Tag und Ausdehnung auf Studierendenheime
- Regelmäßige Vernetzungstreffen von Stakeholder_innen aller Studierendenheime und der ÖH Uni Innsbruck

4.4 Flexibles Studium

Wir als ÖH Uni Innsbruck stehen für einen freien und offenen Hochschulzugang. Allerdings gibt es derzeit zahlreiche Hindernisse, die das Leben vieler Studierenden unnötig erschweren. Insbesondere Studierende, die neben ihrem Studium einer Lohnarbeit nachgehen müssen, um ihr Studium zu finanzieren, oder Studierende mit Betreuungspflichten, stoßen auf Barrieren seitens der Universität, die ihnen den Weg zum Abschluss erschweren. Bereits zu Beginn des Studiums werden diesen Gruppen durch Zugangsbeschränkungen und ECTS-Mindestleistungen Steine in den Weg gelegt. Aber damit nicht genug: Wenn die Toleranzsemester überschritten werden und das Studium länger dauert, müssen Studiengebühren in Höhe von 363,36 € entrichtet werden. Drittstaatsangehörige müssen sogar 726,72 € zahlen. Wir als ÖH Uni Innsbruck lehnen Studiengebühren klar ab, da diese strukturell ungerecht sind.

Um Studierenden, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, die Möglichkeit zu geben, ihr Studium trotz ihrer Lohnarbeit in der Mindeststudienzeit abzuschließen, befürworten wir die Einführung eines Teilzeitstudiums. Dieses Konzept soll es arbeitenden Studierenden ermöglichen, die erforderlichen Studienleistungen in einem verlängerten Zeitraum zu erbringen, damit sie weiterhin die Möglichkeit haben, auf soziale Unterstützungssysteme zurückzugreifen.

Weiters stehen wir den bürokratischen Hürden, die einem flexiblen Studium entgegenstehen, kritisch gegenüber und wollen daher unser allgemeinpolitisches Mandat nutzen, um Voraussetzungsketten und Anwesenheitspflicht, überall dort wo es didaktisch sinnvoll ist, abzuschaffen. Um den Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium so effizient wie möglich zu gestalten, unterstützen wir Projekte zur Einführung einer 80/20-Regel. Diese Regelung ermöglicht es den Studierenden, bereits während des Bachelorstudiums Prüfungen für das Masterstudium abzulegen, wenn sie 80 % ihres Bachelorstudiums abgeschlossen haben. Dadurch wird eine frühzeitige Anerkennung von Leistungen im Bachelorstudium ermöglicht und ein nahtloser Übergang zum Masterstudium erleichtert.

Wir als ÖH Uni Innsbruck setzen uns daher für folgende Punkte ein:

- Abschaffung von Mindeststudienleistungen, Zugangsbeschränkungen und Voraussetzungsketten
- Gratis Kinderbetreuung für Studierende mit Kind
- Abschaffung der Studiengebühren
- Reduzierung der Anwesenheitspflicht
- 80/20-Regel für den Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium

- Schaffung eines Teilzeitstudiums
- Grundsicherung für alle Studierenden
- Gratis Krankenversicherung für alle Studierenden
- Ausbau der bestehenden Beihilfen
- Entprivatisierung der Mensen

Die ÖH Uni Innsbruck versucht, für die einzelnen Punkte jeweils eigene Strategien auszuarbeiten. Angestrebt wird eine Vernetzung mit anderen Akteur_innen, wie etwa anderen Hochschulvertretungen, der Bundes-ÖH, Gewerkschaften und unabhängigen Initiativen.

5. Studistadt Innsbruck

Innsbruck ist eine Studierendenstadt. Bei rund 130.000 Einwohner_innen machen Studierende rund ein Viertel der Bevölkerung aus. Das trägt maßgeblich zur Internationalität und Vielfalt der Stadt bei. Gleichzeitig gibt es in Innsbruck auch eine Reihe an Problemen, die Studierende genauso wie die Restbevölkerung betreffen. Ein außer Kontrolle geratener Wohnungsmarkt, Mangel an konsumzwangfreien Räumen, auf Massentourismus fokussierte Kultur- und Freizeitangebote. Wir als ÖH Uni Innsbruck wollen als gewichtige Stimme im gesellschaftlichen Diskurs auftreten. Als ÖH sind wir auch aber nicht nur eine Servicestelle. Als Koalition werden wir die Aufgabe der ÖH als Interessensvertretung für Studierende in allen gesellschaftlichen Bereichen wahr- und ernstnehmen. Denn die Universität ist kein von der Gesellschaft abgetrennter Bereich und Studierende sind genauso Teil dieser Gesellschaft und von vielfältigen Diskriminierungsmechanismen betroffen. Als Koalition stehen wir für eine Stadt, die Platz für alle hat!

5.1 Vertretung nach außen

- Die ÖH Uni Innsbruck ruft zu gesellschaftskritischen Demonstrationen und politischen, kulturellen bzw. künstlerischen Veranstaltungen auf, die im Einklang mit unseren Werten sind. Die Verbreitung und Bewerbung soll dabei auf Social Media und über andere Kanäle der ÖH Uni Innsbruck stattfinden.
- Es ist uns wichtig, das allgemeinpolitische Mandat wahrzunehmen. Dementsprechend positioniert sich die ÖH Uni Innsbruck zum Weltgeschehen, der Lokalpolitik und Vorgängen an der Universität Innsbruck.

5.2 Kultur

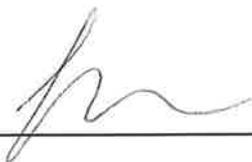
Die ÖH Uni Innsbruck wirkt aktiv darauf hin, ein autonomes Kultur- und Kommunikationszentrum einzurichten und zu betreiben. Wichtig ist uns der Aufbau einer selbstverwalteten Struktur, welche explizit Studierende in die Organisation und Verwaltung des Raumes miteinbezieht. Hierfür sollen die Bereitstellung eines Raumes oder eines Hauses sowie Subventionen der Universität, der Stadt, des Landes bzw. des Bundes erkämpft werden. Es sollen Raum und Infrastruktur für ein breites und konsumzwangfreies Kultur- und Bildungsangebot sowie für vielseitige Formen des Austauschs für alle bereitgestellt werden: Barabende, Livemusik, Lesungen, Aktionskunst, Diskussionen, Theater, Filme, Workshops, offene Treffpunkte etc.

5.3 Freizeit

Die Gestaltung von Freizeit hängt aktuell auch immer vom Geldbeutel ab. Um dieser Problematik entgegenzuwirken, werden wir aktiv am Ausbau von kostengünstigen bzw. kostenlosen Freizeitangeboten arbeiten. Deshalb setzen wir uns für folgende Dinge ein:

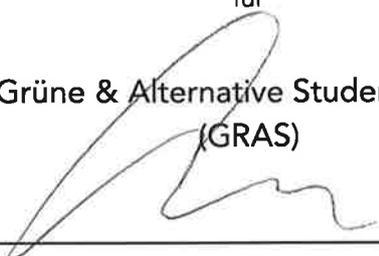
- Einführung eines Freizeitpasses Innsbruck (nach Vorbild der ActiveCard in Linz)
- Kostenfreien, unbürokratischen Zugang zu öffentlichen Räumen (besonders an der und rund um die Universität Innsbruck) für Veranstaltungen etc. von Studierenden
- Ausbau öffentlicher und barrierefreier WCs in ganz Innsbruck
- Ausbau von Sitz- und Ruhemöglichkeiten an den Standorten der Universität Innsbruck

Innsbruck, der 26.06.2023



für

Grüne & Alternative Student_innen
(GRAS)



für

Verband Sozialistischer Student_innen
(VSStÖ)



für

Kommunistischer Student_innenverband – Linke Liste
(KSV-LiLi)

